

3. Verfahren Wahl 1. Beigeordnete/r
Beschlussvorlage: 013/2025
4. Beteiligungsverwaltung
5. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
- 5.1. Vergabe Los 02.1 Holzbau Sporthalle für die Maßnahme Neubau Grundschule Fürstenwalde

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Stellvertreter, Herr Schapke, eröffnet die 4. Sitzung des Kreisausschusses, da sich der Vorsitzende aufgrund der Verspätungen der Deutschen Bahn etwas verspäte. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Es sind 13 von 15 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Einwendungen werden nicht festgestellt.

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Dem Vorsitzenden der Fraktion AfD, Herrn Aulich, wird das Wort erteilt. Er informiert, dass der Tagesordnungspunkt 7, der Antrag 2/AfD/2025, von der Tagesordnung genommen wird, da dieser in die BV 102/2024/1 eingearbeitet worden sei.

Einwendungen hierzu gibt es nicht.

Weitere Änderungen und Anmerkungen werden von den Anwesenden nicht vorgetragen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.11.2024 - öffentlicher Teil

Der Stellvertreter stellt fest, dass keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 20.11.2024 – öffentlicher Teil – vorliegen und bittet um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree Vorlage: 102/2024/1

Die zentrale Diskussion dreht sich um die Änderung der Geschäftsordnung.

Die thematischen Schwerpunkte werden umfangreich in einer Stunde und 48 Minuten diskutiert. Die Synopse wird zusätzlich auf die Leinwand projiziert.

Herr Aulich merkt an, dass es sinnvoll sei, Punkt für Punkt durchzugehen, da eine andere Vorgehensweise wenig Sinn mache.

Herr Schapke schlägt vor, die Geschäftsordnung Seite für Seite zu besprechen. Er weist darauf hin, dass die aktuelle Version der Vorlage erst am 11. Februar freigegeben wurde, während das Dokument selbst auf den 4. Februar datiert sei. Er fordert eine frühzeitigere Bereitstellung von Vorlagen.

Herr Papendieck verweist auf Paragraph 4 und kündigt eine Änderung an, die noch diskutiert werden müsse. Er zeigt Unsicherheit, ob er die aktuelle oder eine ältere Version besitzt.

Herr Aulich hebt hervor, dass die meisten sich nicht intensiv mit der Vorlage beschäftigen konnten. Er regt an, eine separate Runde mit den Fraktionsvorsitzenden zu veranstalten, um Details zu klären.

Herr Dippe widerspricht und betont, dass der Kreisausschuss als zentrales Gremium zuständig sei. Er hält eine ausführliche Diskussion für sinnvoll, da die meisten Punkte bereits im Dezember behandelt worden seien.

Herr Hilke spricht sich gegen eine Änderung der Beginnzeit aus und plädiert für die Beibehaltung von 17:30 Uhr.

Herr Schroeder gibt zu bedenken, dass viele Diskussionen ohnehin im Kreistag erneut geführt werden. Er plädiert dafür, nur strittige Punkte im Ausschuss zu diskutieren, um Zeit zu sparen.

Herr Dr. Mernitz argumentiert, dass eine vollständige Diskussion im Ausschuss sinnvoll sei, um eine längere Debatte im Kreistag zu vermeiden.

Herr Gehm schlägt eine pragmatische Lösung vor: Es sollten nur Punkte intensiv behandelt werden, bei denen Widerspruch zur Verwaltungsempfehlung bestehe.

Herr Dr. Wand bekräftigt, dass unstrittige Punkte zügig per Konsens abgehakt werden sollten.

Frau Wunsch (Verwaltung) erklärt, dass Tischvorlagen lediglich ergänzende Unterlagen zu bestehenden Tagesordnungspunkten seien und nicht mit neuen Beschlussvorlagen verwechselt werden sollten.

Herr Dippe fordert eine Begrenzung der Tagesordnung auf 20 Punkte, um lange Sitzungen zu vermeiden.

Herr Papendieck widerspricht und erklärt, dass lange Sitzungen meist durch kontroverse Debatten und nicht durch die Anzahl der Tagesordnungspunkte bedingt seien.

Herr Steffen warnt vor einer Bürokratisierung und mahnt eine straffere Kreistagsarbeit an. Er verweist darauf, dass in früheren Jahren Kreistagssitzungen effizienter durchgeführt wurden.

Herr Dr. Zeschmann erklärt sich bereit, auf eine feste Begrenzung der Tagesordnungspunkte zu verzichten, wenn vorab unter Vermittlung des Vorsitzenden mit den Fraktionen konsensuell ein möglicher Fortsetzungstermin vereinbart werde.

Herr Schapke betont die Notwendigkeit einer besseren Organisation von Ersatzterminen, um Chaos wie bei der letzten Sitzung zu vermeiden.

Herr Lindemann warnt davor, die Arbeit des Kreistages durch übermäßige Regelungen zu verkomplizieren und spricht sich für pragmatische Lösungen aus.

Herr Papendieck lehnt die Generaldebatte sowie eine zusätzliche Fragestunde ab, da dies die Sitzungsdauer unnötig verlängere.

Herr Dr. Zeschmann verteidigt die Möglichkeit, Fragen zum Bericht des Landrats zu stellen. Seine Fraktion sieht darin eine Möglichkeit zur demokratischen Kontrolle.

Herr Steffen kritisiert eine zu detaillierte Regelung des Landratsberichts und gibt zu bedenken, dass jegliche Äußerung politisch interpretiert werden könne.

Frau Wunsch warnt davor, dass eine Generaldebatte ohne konkretes Thema gegen den Grundsatz der Transparenz verstoßen könnte.

Herr Hilke lehnt die Generaldebatte ab und weist darauf hin, dass der Kreistag nicht mit Landtag oder Bundestag vergleichbar sei.

Herr Dippe regt an, dass Fraktionen zu wichtigen Themen eigene Tagesordnungspunkte beantragen sollten, anstatt eine Generaldebatte zu führen.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass manche Punkte, vor allem die strittigen Regelungen in der Geschäftsordnung, noch einmal im Kreistag final diskutiert und beschlossen werden müssen. Die vorgebrachten Vorschläge und Diskussionsergebnisse sollen als Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Geschäftsordnung dienen.

Um 17.44 und 17.47 Uhr treten Herr Dr. Zdebik und Herr Dr. Zeschmann der Sitzung vor Ort bei.

Zu TOP 5 Kreistagsarbeit transparent und effizient gestalten **Vorlage: 22/SPD und B´90/Grüne/2024/1/NEU**

Herr Dr. Zeschmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und bedankt sich anfangs bei seinem Stellvertreter für die Übernahme und Moderation. Er erklärt, dass es sich bei dem Antrag um eine Neuauflage des Vorschlags der SPD und Bündnis 90/Die Grünen handle, und bittet die Fraktion, zu den vorgenommenen Änderungen Stellung zu nehmen.

Herr Papendieck teilt mit, dass der Antrag in vier Punkten angepasst worden sei und inzwischen an die Fraktionen übermittelt wurde. Dabei erklärt er, dass der ursprünglich vorgesehene „Raum“ gestrichen wurde, weil dessen Konzept nicht mehrheitsfähig gewesen sei. Er führt aus, dass nunmehr auf die Einladung, die verbesserte Abstimmungstechnik, die Erfassung schriftlicher Anfragen der Kreistagsabgeordneten sowie die Softwarethematik (insbesondere im Kontext eines Upgrades, z. B. bei Mandatos) Bezug genommen werde.

Herr Dippe bedankt sich für die eingebrachten Vorschläge und verweist darauf, dass die neue Geschäftsordnung u. a. den ersten und dritten Punkt regeln solle. Er macht deutlich, dass es keine geheimen Abstimmungen gebe, da alle Abstimmungen – sei es per Handzeichen oder namentlich – offen seien. In diesem Zusammenhang fordert er, das Wort „geheim“ in Punkt zwei zu streichen.

Herr Aulich bringt einen Vorschlag zu Punkt 4 ein und merkt an, dass neben Mandatos auch weitere Systeme (z. B. G6) berücksichtigt werden sollten, um vorhandene Funktionalitäten zu verbessern.

Herr Dr. Wand äußert, dass im Zuge eines Systemwechsels neben den Migrationskosten auch Schulungskosten und weitere Aufwendungen zu berücksichtigen seien. Er hebt hervor, dass ein Upgrade des bestehenden Systems (wie bei Mandatos) gegenüber einem kompletten Neuanfang kosteneffizienter sei und bittet darum, diese Aspekte in der Prüfung mit einzubeziehen.

Herr Gehm berichtet, dass an den neuen elektronischen Abstimmungsgeräten bereits gearbeitet werde und dass technisch gesehen jede Abstimmung namentlich zugeordnet werde – was aber bei offenen Abstimmungen nicht im Protokoll erscheinen solle. Er weist darauf hin, dass für verbindliche Preisangebote eine Ausschreibung notwendig sei und dass die Leistungsbeschreibung klar definiert werden müsse. Zudem bringt er Bedenken vor, sämtliche Bürgeranfragen (Petitionen) seien in ihrer Gesamtheit kaum abbildbar und müssten differenziert betrachtet werden.

Herr Steffen bringt in den Raum, dass der Einsatz elektronischer Abstimmungsgeräte den Grundsatz der Öffentlichkeit gefährden könne, da Zuschauer im Livestream nicht nachvollziehen könnten, wie sich einzelne Abgeordnete verhalten.

Frau Wunsch betont die Bedeutung der Kommunalverfassung im Zusammenhang mit dem Petitionsrecht und erklärt, dass Petitionen als „Vorschläge, Hinweise und Beschwerden“ zu verstehen seien. Sie verweist darauf, dass – aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken – nicht alle Anfragen öffentlich erfasst oder dargestellt werden könnten und müssen daher präzise definiert werden, welche Anfragen im Kreistag behandelt werden.

Herr Papendieck schlägt abschließend vor, anstelle der bisherigen Formulierung die Anfragen als „Einwohneranfragen“ zu kennzeichnen und damit den Zuständigkeitsbereich klarer zu definieren.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 6 Erstellung einer Konzeption für die Wirtschaftsförderung unter Bündelung der vielfältigen Angebote in der Region
Vorlage: 1/AfD/2025**

Herr Aulich erklärt, dass der Antrag darauf abziele, die verschiedenen Wirtschaftsförderangebote im Landkreis besser zu vernetzen. Es gebe mehrere Stellen auf Landkreis- und Gemeindeebene, doch fehle eine übergeordnete Koordination. Ziel sei es, eine Konzeption zu erstellen, die eine engere Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsförderern ermöglicht und den Standort attraktiver macht.

Herr Dr. Zeschmann ergänzt, dass es nicht nur um eine Vernetzung, sondern auch um eine klare Zielsetzung für die Wirtschaftsförderung gehen müsse. Die Kreisverwaltung habe zwar Mitarbeiter für diesen Bereich, doch in den letzten 16 Jahren habe er kaum eine aktive Strategie oder Konzepte wahrgenommen. Neben den kommunalen Stellen gebe es zahlreiche weitere Akteure wie die Industrie- und Handelskammer (IHK), die Handwerkskammer und die Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB), doch herrsche Unübersichtlichkeit und Wildwuchs. Unternehmen hätten ihm berichtet, dass sie nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen. Daher brauche es eine bessere Struktur und eine langfristige Strategie.

Herr Schapke bestätigt die Wahrnehmung von Herrn Dr. Zeschmann, widerspricht jedoch in Teilen der Sachdarstellung. Es gebe bereits viele funktionierende Strukturen, insbesondere durch regionale Kooperationen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Tesla-Ansiedlung. Wichtig sei es, sich klarer nach außen aufzustellen, ohne bereits bestehende funktionierende Systeme zu verändern. Er empfiehlt, den Antrag zunächst in den Fachausschüssen zu diskutieren, insbesondere im Ausschuss für Kreisentwicklung, da dort das Thema Wirtschaftsförderung bereits behandelt werde. Zudem könne die Frage gestellt werden, ob eine landkreisübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der regionalen Planungsgemeinschaft sinnvoll wäre.

Er schlägt vor, dass bis zum Jahresende eine genauere Analyse erfolgen solle. Ein überhasteter Beschluss sei nicht zielführend. Er macht zudem konkrete Vorschläge für Geschäftsbereiche, die man in einer möglichen Struktur klarer definieren könne, darunter Ansiedlung und Entwicklung, Forschung und Innovation, Struktur und Planung sowie Tourismusmarketing. Besonders im Tourismus gebe es bereits erfolgreiche Kooperationen wie die mit Seenland Oder-Spree.

Herr Buhrke bietet an, zunächst eine Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen und Initiativen vorzulegen. Diese könnte in den zuständigen Ausschüssen diskutiert werden, entweder im Finanzausschuss oder im LaWi-Ausschuss Wirtschaftsförderung sei ein komplexes Thema, das nicht allein von einer Stelle gesteuert werde. So sei beispielsweise der Breitbandausbau ebenfalls Teil der Wirtschaftsförderung, werde aber von Amt 61 verwaltet. Erst nach einer umfassenden Analyse könne entschieden werden, ob eine strukturelle Änderung notwendig sei.

Herr Schroeder kritisiert, dass der Antrag zu unpräzise sei. Besonders die Zielsetzung der Konzeption sei nicht klar formuliert. Es müsse definiert werden, welche wirtschaftlichen Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Zudem gebe es Subsidiaritätsprobleme, da einige Akteure unabhängig vom Landkreis agieren würden. Er empfahl, den Antragsteller zu bitten, eine konkretere Zielsetzung zu formulieren, bevor der Antrag weiterbearbeitet werde.

Herr Dippe weist darauf hin, dass über den von Herrn Schapke gestellten Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in die Ausschüsse zunächst abgestimmt werden müsse, bevor die inhaltliche Diskussion weitergeführt werde.

Herr Dr. Zeschmann erklärt, dass die AfD-Fraktion den Verweisungsantrag übernehmen werde. Es sei sinnvoll, eine Bestandsaufnahme von der Verwaltung zu erhalten und das Thema in den beiden genannten Ausschüssen zu behandeln. Die Zielsetzung solle im Laufe der weiteren Beratungen gemeinsam erarbeitet werden.

Herr Steffen kritisiert, dass der Antrag keine klare Richtung vorgebe. Der Landkreis habe in den letzten Jahren bereits bedeutende Erfolge in der Wirtschaftsförderung erzielt, darunter die Tesla-Ansiedlung, eine erfolgreiche Tourismusstrategie sowie die Startzeit-Initiative zur Fachkräftegewinnung. Zudem gebe es Förderprogramme, die Unternehmen direkt unterstützen. Es sei wichtig, dass der Antragsteller klarstellt, welches konkrete Problem er lösen möchte.

Herr Aulich erklärt, dass seine Fraktion die Verweisung des Antrags in die Ausschüsse akzeptiere. Er hoffe, dass die Verwaltung dort eine Übersicht der bestehenden Wirtschaftsfördermaßnahmen präsentiert.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 7 Beschlusskontrolle
Vorlage: 2/AfD/2025**

zurückgezogen, weil von der Verwaltung in den Entwurf der Geschäftsordnung übernommen.

**Zu TOP 8 Grundsatzbeschluss für eine Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Tierheime im Rahmen der Maßnahmen des Tierschutzes im Landkreis Oder-Spree (Tierschutzförderrichtlinie)
Vorlage: 001/2025**

Herr Gehm erklärt, dass die Richtlinie bereits ausführlich in den Ausschüssen diskutiert worden sei. Ziel sei es, Einrichtungen zu unterstützen, die für den Tierschutz im Landkreis eine wichtige Rolle spielen. Dabei handle es sich meist um ehrenamtlich geführte Tierheime. Der Zuschuss sei zwar nicht kostendeckend, helfe aber dabei, die Strukturen langfristig zu sichern.

Herr Schapke betont, dass der Landkreis für die Aufnahme herrenloser Tiere zuständig sei, aber keine eigenen Einrichtungen dafür unterhalte – anders als größere Städte. Deshalb sei die Zusammenarbeit mit den bestehenden drei kleineren Tierheimen notwendig. Der Zuschuss ermögliche es dem Landkreis, diese Aufgabe zumindest in begrenztem Maße zu erfüllen. Er halte die Unterstützung für sinnvoll und spricht sich für den Antrag aus.

Herr Dr. Wand fragt nach, welche drei Tierheime konkret betroffen seien.

Herr Schapke nennt zwei der drei Tierheime, die sich in Eisenhüttenstadt befinden. Diese Einrichtungen nähmen oft Tiere auf, die beispielsweise bei Grenzübertritten sichergestellt wurden. Das dritte Tierheim könne er nicht genau benennen.

Herr Gehm ergänzt, dass sich das dritte Tierheim in Fürstenwalde befinde. Es gebe jedoch keine Beschränkung auf diese drei Einrichtungen. Jeder Träger, der eine Erlaubnis nach § 11 des Tierschutzgesetzes besitze, könne unter die Richtlinie fallen. Falls in Beeskow eine neue Katzenaufnahmestelle entstehe und die gesetzlichen Voraussetzungen erfülle, könne sie ebenfalls unterstützt werden.

Herr Gebauer weist darauf hin, dass es in Eisenhüttenstadt eine Einrichtung gebe, die bereits von Frankfurt (Oder) finanziell unterstützt werde. Er schlägt vor, zu prüfen, ob diese Einrichtung bereits anderweitig gefördert werde, bevor sie Mittel aus der neuen Richtlinie erhalte. Grundsätzlich unterstütze er den Antrag.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 9 Anpassung der „Richtlinie des Landkreises Oder-Spree für die Kulturförderung“ in Bezug auf Antragsabgabefristen
Vorlage: 010/2025**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 10 Informationen aus der Verwaltung und Fragen

Herr Dippe kündigt an, dass er das Thema Schülerbeförderung ansprechen wolle. Nach dem aktuellen Fahrplanwechsel gebe es erhebliche Probleme. Beispielsweise verkehre kein Bus mehr zwischen Storkow und Beeskow, und in Schöneiche seien Schüler stehen gelassen worden. Er fragt, ob der Verwaltung diese Probleme bekannt seien.

Herr Buhrke erklärt, dass es nach jedem Fahrplanwechsel zahlreiche Rückmeldungen gebe, auf deren Grundlage nachträgliche Korrekturen vorgenommen würden. Die Verwaltung sei bereits mit der BOS und anderen Verantwortlichen in Kontakt, um Probleme zu lösen.

Herr Dippe möchte wissen, wie der Prozess eines Fahrplanwechsels organisiert sei. Insbesondere wundere er sich, warum Schüler, Eltern und Schulen nicht vorher informiert wurden, wenn ganze Buslinien ausfallen.

Herr Steffen antwortet, dass er sich am Morgen mit dem zuständigen Fachamt beraten habe. Ein Teil der Probleme sei durch den Ausfall der RB 36 verursacht worden, wodurch sich Schülerströme verändert hätten. Zudem gebe es Unklarheiten darüber, ob Schulen auf die Fahrplaninformationen reagiert hätten. Die Verwaltung arbeite daran, die Situation zu klären.

Herr Buhrke ergänzt und weist darauf hin, dass es sich teilweise um kreisübergreifenden Verkehr handle, bei dem Abstimmungen mit Nachbarlandkreisen erforderlich seien.

Herr Schroeder berichtet, dass die Kommunikation mit dem VBB (Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg) aus Sicht der Bürger schlecht sei. Beschwerden über verlängerte Fahrzeiten nach Berlin würden damit abgetan, dass sich die Verbindung nach Frankfurt (Oder) verbessert habe. Er kritisiert diese unsensible Kommunikation und fordert, dies in die Gespräche mit dem VBB einzubringen.

Herr Papendieck erklärt, dass die Buslinien in Schöneiche ausgedünnt worden seien, mit der Begründung, dass es zu wenig Personal gebe. Besonders problematisch sei der Wegfall einer Verbindung am Nachmittag zwischen Alt Golm und Bad Saarow. Zudem habe die Fahrplanumstellung in Fürstenwalde eine Lücke von 40 Minuten zwischen Zug- und Busverbindungen geschaffen.

Herr Dr. Zeschmann berichtet von der letzten Gemeindevertretungssitzung in Schöneiche, in der erhebliche Probleme beim Schülerverkehr zur Oberschule in Woltersdorf thematisiert wurden. Er bat darum, die Buslinien 420 und 421 nochmals zu prüfen, um lange Wartezeiten für Schüler zu vermeiden.

Herr Buhrke sichert zu, die Kritik an der VBB-Kommunikation in die nächste Gesellschafterversammlung einzubringen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass der Landkreis keinen direkten Einfluss auf den Bahnverkehr habe, da dieser Ländersache sei.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Philip Zeschmann
Vorsitzender des Kreisausschusses

Birgit Richter
Schriftführerin